

A n t r a g

der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunftskonzept zur Verbesserung der Versorgung Schwangerer, Eltern und Kinder aus suchtblasteten sowie psychisch belasteten Familien in Thüringen

- I. Die Landesregierung wird gebeten:
 1. eine Bestands- und Bedarfsanalyse des Thüringer Suchthilfesystems im ersten Quartal 2019 vorzulegen,
 2. die Bedarfe an Angeboten für suchtkranke Eltern und ihren Kindern zu identifizieren und gemeinsam mit den Leistungserbringern und Kostenträgern sowie unter Einbeziehung der Landesgesundheitskonferenz und dem Landesgremium gemäß Thüringer Gesetz zur Entwicklung sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen in Thüringen zu eruieren, welche konkreten Verbesserungen kurz- und mittelfristig auf den Weg zu bringen sind,
 3. gemeinsam mit den zuständigen Behörden und den Kosten- und Leistungsträgern die Realisierung und nahtlose Aufnahme des Elternteils und des Kindes in eine Rehabilitationseinrichtung und anschließende ambulante Nachsorge so zu gestalten, dass die Patientinnen, Patienten und Familienangehörigen sach- und fachgerecht betreut werden; eine Sektorenübergreifende Abstimmung zwischen den einzelnen Hilfen ist dabei zu gewährleisten, um ein passgenaue Hilfestellung unter der Vermeidung von Wartezeiten zu ermöglichen,
 4. eine qualifizierte Datenerhebung gemeinsam mit den Leistungserbringern und Kostenträgern sowie mit der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung zu den tatsächlich suchterkrankten Eltern und Schwangeren in Thüringen zu entwickeln und dafür notwendige finanziellen Mittel in den Landeshaushalt einzuplanen,
 5. sich auf Bundesebene für eine rechtliche Klärung einzusetzen, die im Rahmen von verbindlichen Komplexstrukturen und einer interdisziplinären Kooperation Maßnahmen für suchtkranke Familien ermöglicht; dabei gilt es eine leistungsträgerübergreifende Regelung als Grundlage einer gemeinsamen Finanzierung zwingend notwendiger Komplexleistungen für Kinder psychisch kranker beziehungsweise suchtkranker Eltern zu entwickeln,
 6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Maßnahmen für suchtblastete Familien in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung und der Rentenversicherung aufgenommen werden,
 7. sich auf Landesebene und Bundesebene dafür einsetzen, dass Maßnahmen für suchtkranke Familien besser aufeinander abge-

stimmt finanziert werden; die besonderen Bedarfe von Kindern psychisch- beziehungsweise suchtkranker Eltern sind hierbei mit zu berücksichtigen,

8. die Öffentlichkeit durch konkrete Maßnahmen noch stärker für das Thema zu sensibilisieren,
9. mit den kommunalen Spitzenverbänden in Thüringen Gespräche zur Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Versorgung und Beratung von Schwangeren, Eltern und Kindern aus suchtbelasteten Familien sowie Eltern mit psychischer Erkrankung im Rahmen einer Landesinitiative zu führen und dem Landtag im vierten Quartal 2018 über konkrete Schritte zur Verbesserung der Präventionsangebote, Suchtberatung und Entzugsangebote in Thüringen zu informieren. Ziel ist ein flächendeckendes Netzwerk an niedrigschwelligen Hilfs- und Versorgungsangeboten.

II. Die Landesregierung wird gebeten zu prüfen,

1. wie die positiven Erfahrungen und der Modellcharakter des "Suchthilfezentrums für Mütter und Kinder Wendepunkt" in Wolfersdorf, als stationäre Einrichtung für drogenabhängige Mütter und ihre Kinder, sichtbar gemacht werden und auf andere Regeleinrichtungen dieser Art übertragen und solide finanziert werden können,
2. wie diese Ergebnisse in Kooperation mit anderen Bundesländern beraten werden können,
3. wie ehrenamtliche Initiativen systematisch in die Regelversorgung und -finanzierung überführt werden können.

Begründung:

Die Behandlung suchtkranker Eltern mit ihren Kindern bietet mit dem Angebot der gemeinsamen Aufnahme von suchtkranken Eltern und ihren Kindern eine große Chance dafür, die Kontinuität der Beziehung aufrechtzuhalten und die gegenseitigen Ressourcen zu nutzen und zu stärken. Die Lebensbiografie sowohl der Eltern als auch der Kinder kann damit nachhaltig unterstützt werden, welche sich dann positiv auf den weiteren Therapieverlauf auswirkt. Die Mutter-Kind-Einrichtung des Wendepunkt e. V. in Wolfersdorf beispielsweise zeigt einen gangbaren Weg auf, wie eine stationäre Einrichtung für betroffene Familien aussehen kann.

Aus diesem Grund sollte eine Anpassung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen, der Behandlungszeiten und Rahmenbedingungen sowohl für die Entgiftung, die Rehabilitation und die ambulante Nachsorge für suchtkranke Eltern mit ihren Kindern unterstützt werden.

Zudem sollte bei einem entsprechenden Behandlungsbedarf eine zeitnahe Umwandlung des Status des Kindes als "Begleitperson" in den des Patienten mit entsprechenden Behandlungen und Therapien möglich sein.

Zudem muss es für suchtbelastete Familien überall erreichbare niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote geben. Dieses Ziel soll zeitnah auf Initiative des Landes vorangetrieben werden.

Für die Fraktion der CDU:	Für die Fraktion DIE LINKE:	Für die Fraktion der SPD:	Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:
------------------------------	--------------------------------	------------------------------	--

Emde	Blehschmidt	Becker	Rothe-Beinlich
------	-------------	--------	----------------